

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 38 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 10b .: Telefon: Ami Morichplatz, 2120

Berlin, den 19. September 1913

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Wirtschaftskrise und Gewerkschaftslaktik. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912. II. — Der Generalstreik der Charitätenbewegung in England. II. — Nachklänge vom Werftarbeiterstreik. — Dienstbeschädigung und Reservisten. — Militarismus und skulpturaufgaben. — Entscheidungen der Schlichtungskommission für Sattler der Berliner Militärbranche. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Vertammungskalender. — Anzeigen. — Abrechnung der Buchbinderkassenkasse.

Die für die nächste Nummer bestimmten  
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag  
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 21. bis 27. September  
ist der 39. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger  
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im  
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus  
der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Apoloda. Die Apollowerke sind für Sattler  
gesperrt.

Berlin. Die Linoleumleger und die  
Offiziersattler befinden sich im Streik. — Die  
Militärsattler bei der Firma Ludwig stehen  
gleichfalls im Streik. Zugang fernhalten.

Brandenburg. In den Brennabor-Werken  
sind die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen  
ausgesperrt.

Braunschweig. In der Sportartikel-  
fabrik Dollfus u. Hesse sind sämtliche Kollegen  
in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.  
Bremen. In den Bremer Karosseriewerken  
haben die Sattler die Arbeit eingestellt. Zugang  
fernhalten.

Ermsleben. Die Firma Mose ist wegen  
Nichtanerkennung der Tariflöhne gesperrt.

Gera, N. Sämtliche Arbeiter der Ka-  
rosseriefabrik Peter Sadl stehen seit dem  
20. Juni im Streik.

Hamburg. In der Turngerätfabrik Fischer  
u. Co. sind Differenzen ausgebrochen. Zugang  
fernhalten.

Hannover ist für Militärsattler gesperrt.  
Ausland.

Brüssel. Hier stehen die Wagen- und  
Autosattler im Streik. Zugang fernhalten.

## Wirtschaftskrise und Gewerkschafts- taktik.

Das unheimliche Gespenst der wirtschaft-  
lichen Krise durchstapft wieder einmal Europa.  
Zahlreiche Nachrichten aus den verschiedenen  
Wirtschaftszweigen lassen daran keinen Zweifel,  
daß die langwierigen Balkanwirren und die da-  
mit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit eine  
Kalamität auf dem Geldmarkt erzeugt hat, die  
auf viele Industrien und Gewerbe geradezu  
lähmend wirkt. Sinsu kommt, daß die Balkan-

krise keineswegs beendet erscheint. Der ab-  
geschlossene Frieden ist mehr als oberflächlich  
und birgt in sich neuen Konfliktstoff. Weiter kommt  
hinzu die eifersüchtige Rivalität der Groß-  
mächte, die jederzeit zu einer politischen Krise  
führen kann. Alles Tatsachen, die zur ängst-  
lichen Zurückhaltung der Finanzen von gewerb-  
lichen und industriellen Unternehmungen führen.

Wir sind optimistisch genug, anzunehmen,  
daß der zurzeit herrschenden Wirtschaftskrise  
keine besonders lange Dauer beschieden sein  
wird. Es sind vor allem äußere Ursachen, die  
zu ihr geführt haben, und bald dürfte wieder  
die frühere Ruhe und Sicherheit auf dem Geld-  
markt eingetreten sein. Vorläufig aber haben  
wir mit der Tatsache einer Wirtschaftskrise zu  
rechnen, die sich zum Winter hin noch mehr ver-  
schärfen wird. Deshalb haben wir als Gewerks-  
schafter zu diesem Zeitpunkt Stellung zu nehmen  
und unsere gewerkschaftliche Taktik in Krisen-  
zeiten einer Besprechung zu unterziehen.

Es ist unsere Pflicht, die Vorgänge auf dem  
Wirtschaftsmarkt stets und genau zu beobachten.  
Sie beeinflussen in ausschlaggebender Weise  
Industrie und Gewerbe, deren Belebung oder  
Abflattung. Dies aber sind wieder Faktoren,  
die einen starken Einfluß auf unser Gewerks-  
chaftsleben ausüben. Und da jede veränderte  
Situation eine veränderte Taktik erfordert, er-  
gibt sich für uns mit zwingender Logik, uns  
auch mit dem Einfluß der Krise auf die Gewerks-  
schaften zu befassen.

Es ist der Fluch des Proletendaseins, daß  
sich bei ihm die Schäden unserer so viel ge-  
priesenen „Weltordnung“ am allerersten fühl-  
bar bemerkbar machen. So auch bei einer Wirt-  
schaftskrise. Sie bringt verminderte Arbeits-  
gelegenheit und damit vielen Arbeitern und  
deren Familien Not, Entbehrung und Hunger.  
Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen werden  
gezwungen, die Arbeit einzustellen. Da sie nur  
Objekte des Produktionsprozesses sind, genügt  
ein Nachwort des Unternehmers, sie auf die  
Straße zu setzen. Dieser Zustand wirkt selbst-  
verständlich auch auf die vom Schicksal besser  
begünstigten Arbeiter, die ihre Arbeit behalten  
können. Auch sie fühlen sich gedrückt als sonst,  
denn über ihnen hängt das Damoklesschwert der  
wirtschaftlichen Unsicherheit. Sinsu kommt in  
vielen Fällen das durch die Krise verschärfte  
selbstherrliche Auftreten des Unternehmers, das  
sich u. a. auch in der Weise geltend macht, daß  
er, wo es durchführbar erscheint, einen Druck  
auf die Löhne auszuüben versucht.

Hieraus ergibt sich, daß gerade in Krisen-  
zeiten die Arbeiter ihrer Gewerkschaftsorgani-  
sation mehr benötigen als in normalen Zeiten.  
In vielen Fällen sucht die Gewerkschaft das  
Elend der vom Arbeitsprozeß Ausgeschlossenen  
zu mildern durch Gewährung von Unter-  
stützungen, zum anderen bietet sie durch auf be-  
stimmte Dauer abgeschlossene Tarifverträge den  
Arbeitern eine gewisse Garantie, daß ihnen der

Unternehmer auch in schlechten Zeiten den Lohn  
zahlt, den er bei Abschluß des Tarifvertrages  
unterschriftlich oder ehrenwörtlich anerkannt  
hat. Die Erfahrung lehrt uns, daß auch die  
Unternehmer (abgesehen von den berühmten  
Ausnahmen) im allgemeinen tariftreu sind.

Aus diesen Ausführungen geht aber auch  
hervor, daß es Unternehmer gibt, die geneigt  
sind, in Krisenzeiten die Löhne zu reduzieren.  
Dies zu verhindern, ist eine der vornehmsten  
Kampfsaufgaben der Gewerkschaft. Sie ist  
aber auch zugleich die schwierigste. Denn die  
Erfahrung lehrt uns, daß es bei weitem leichter  
ist, während der Hochkonjunktur durch die Ge-  
werkschaftsorganisation höhere Löhne und gün-  
stigere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, als  
in Krisenzeiten das bei guter Konjunktur Er-  
rungene hochzuhalten. Die Chancen der Ar-  
beiterschaft stehen dann schlechter, denn der flotte  
Geschäftsgang, der beste Bundesgenosse der Ar-  
beiter bei Lohnbewegungen, fehlt. Sinsu kommt  
das Meer der Arbeitslosen, aus dessen Reihen  
mancher sich leicht herbeiläßt, bei einem aus-  
gebrochenen Kampfe als Lohndrücker Streik-  
bruch zu verüben. Manche in normalen Wirt-  
schaftszeiten leidlich brauchbare Gewerkschafts-  
mitglieder sind eben in der Krise geneigt, vor  
allem wenn sie mit Arbeitslosigkeit und Ent-  
behrung zu kämpfen haben, der guten Sache  
untreu zu werden und, weil schwachen Cha-  
racters, ihren Klassengenossen in den Rücken zu  
fallen.

Trotz all dieser Hindernisse ist es jedoch den  
Gewerkschaften zumeist gelungen, auch in  
Krisenzeiten auf die Positionen der Arbeiter  
unternommene Angriffe der Unternehmer zu-  
rückzuweisen. Das zeugt von der Kraft der Ge-  
werkschaften und dem immer mehr um sich  
greifenden Solidaritätsgedanken in den Kreisen  
der Arbeiterschaft.

Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften  
in Krisenzeiten ist, etwa geplante Angriffs-  
bewegungen mit äußerster Vorsicht zu behandeln.  
Wir deuteten schon an, daß in solchen Zeiten  
eine Voraussetzung des glücklichen Gelingens  
der Bewegung fehlt: der gute Geschäftsgang.  
Sinsu kommt die größere Arbeitslosigkeit und  
die daraus resultierende Aussicht, daß die Klage  
ausständiger Arbeiter leicht besetzt werden  
können. Deshalb ist dringend zu empfehlen,  
Angriffsbewegungen in Krisenzeiten wenn ir-  
gend möglich zu unterlassen. Selbst dann ist  
größte Vorsicht vonnöten, wenn in einem Be-  
triebe noch ein leidlich guter Geschäftsgang  
vorhanden ist, der leicht zu Trugschlüssen führen  
kann. Die allgemeine Krise ist nämlich trotz-  
dem vorhanden und damit ein großes Meer Ar-  
beitsloser. Die Erfahrung hat denn auch in  
solchen Fällen oftmals bewiesen, daß die von  
einem Streik erhoffte Wirkung verloren ging,  
weil die Arbeitsplätze der Streikenden besetzt  
wurden. Der Streik verlief unglücklich, große  
Summen waren ohne Nutzen ausgegeben, eine

große Anzahl der Streikenden blieb auf der Strede, und die Organisation war auf längere Zeit hinaus geschwächt und ohnmächtig.

Wenn wir also in Krisenzeiten zur Vor- sicht bei Lohnbewegungen mahnen, so geschieht das aus triftigen Gründen, im Interesse unserer Organisation und deren Mitglieder. Die Arbeiterkraft muß sich an die Tatsache gewöhnen, daß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch die notwendigen Vorbedingungen vorhanden sein müssen. Sind sie nicht vorhanden - und das ist während der Wirtschaftskrise der Fall - dann ist es besser, eine abwartende Stellung einzunehmen und darauf zu achten, daß das bereits 'Errungene den Arbeitern erhalten bleibt. Diese Aufgabe steht an Wichtigkeit der einer Angriffsbewegung keineswegs nach, und ihre Lösung bedeutet den, wenn auch hin und wieder gebemten, so doch immerhin festen Anstieß der Arbeiterklasse zu besseren Lebensbedingungen.

Wir wollen mit unseren Ausführungen zur Vorsicht mahnen. Wir wissen, daß das bei einem großen Teil unserer Kollegen nicht mehr nötig ist, sie sind bereits gewerkschaftlich gut geschult und verstehen den Ernst einer Situation zu erfassen. Wir haben aber auch Kollegen, die sich noch vielfach von Gefühlen leiten lassen und die Schwierigkeiten einer Bewegung nicht voll überdauern; an deren Adresse richtet sich unsere Mahnung in erster Linie. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, gleich tüchtigen Seerführern, alle Chancen eines bevorstehenden Kampfes abzuwägen und erst dann zum Angriff überzugehen, wenn die Vorbedingungen des Erfolges garantiert erscheinen. Sind sie aber nicht vorhanden, dann verzieht man den Kampf, bis das Wechselspiel ein günstigeres Aussehen hat. Wird diese notwendige Taktik stets innegehalten, dann werden Niederlagen vermieden, unnötige Opfer erspart, und der Aufstieg der Arbeiterklasse vollzieht sich planvoll und sicher. Und was das Beste: Die Arbeiter lassen zu ihrer Organisation festes Vertrauen und erwerben die Zuversicht, durch sie von Sieg zu Sieg geleitet zu werden.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

II.

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 086 957 Mk. (1911) auf 80 233 575 Mk. erhöht, während die Gesamtausgaben von 60 025 080 Mk. auf 61 105 675 Mk. wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 82 105 821 Mk. auf 80 797 788 Mk. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Ein-

Der Geschworene.

Max Edemüller irrte vor dem Spiegel bebauglich seinen grauen Vollbart, den er, in der Mitt- auseinander gekämmt, in einer aparten Form trug und sorgsam pflegte. Seine schöne große Gestalt hatte, obgleich er die fünfzig schon überschritten, ihre gute Proportion behalten, er war immer noch das, was man einen schönen Mann nennt und war sich dessen wohl bewußt.

Die Kamille stand früh auf. Es war erst 1/2 9 Uhr, aber Edemüller hatte sein Frühstück schon genossen.

Seine Frau saß noch am Kaffeetisch. Eine süßliche Gestalt im lauberen, adretten Morgenkleid, das hellfunde Haar unter dem Morgenhäubchen aufgesteckt und mit der Miene behaglicher Zufriedenheit ihre Schokolade löffend. Dabei las sie die Romanfortsetzung, die ihr Spaz machte, ohne daß die Schikale der Felden sie sonderlich aufregten.

Als sie zu Ende war und antübend ihren Mann noch immer vor dem Spiegel erblickte, sagte sie mit einem halb mitterlichen Köcheln:

„Na, ja; noch immer der schöne Max! Du wirst nicht älter!“

Es klang wie ein ganzes kleines bißchen Reid aus ihren Worten. „Will ich auch nicht!“ lachte er, „du weißt doch, Mutter, ich habe nun mal die verdrehte Idee, daß ich nicht sterben werde! Gewiß, alle Leute sterben, aber bei mir, da muß die Sache halt maden.“

Sie lachte auch. Aber plötzlich wurde sie ernst, ihre großen blauen, nicht eben ausdrucksvollen Augen wickten, als wären sie häßliche, unangenehme Dinge, und sie sagte, in einer bezugsreichen Folgerung seiner Idee: „Und du meinst, Max, daß die den armen Menschen heute wirklich beurteilen werden?“

nahmen 31,71 Mk. (1911: 31,06 Mk.), die Ausgaben 24,15 Mk. (1911: 25,86 Mk.) und die Vermögensbestände 31,33 Mk. (1911: 26,76 Mk.).

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände weisen folgende Posten auf:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes: Eintrittsgelder (470 067), Verbandsbeiträge (64 532 051), Zerliche Beiträge (9 138 215), Ertragsbeiträge (1 137 252), Streikbeiträge in Streikorten (146 418), Zinsen (1 705 515), Sonstige Einnahmen (3 104 067), Insgesamt (80 233 575).

Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder betragen 31,71 Mk.; sie gehen auf 14,04 Mk. bei den Handlungsgesellen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,61 Mk. am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58,47 Mk. bei den Buchdruckern, 64,19 Mk. bei den Notensetzern und 64,26 Mk. bei den Lithographen und Steindruckern.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61 105 765 Mk. sind die folgenden Posten besonders hervorzubeben:

Table with 3 columns: Category, Amount, and Organization. Includes: Reiseunterstützung (35), Umzugsunterstützung (34), Arbeitslosenunterstützung (45), Arbeitsunfähigen- (Kranken-) Unterstützung (46), Invalidenunterstützung (8), Verluste in Sterbefällen (45), Verluste in Vorfällen (44), Streiks im Beruf (49), Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen (19), Streiks in anderen Berufen und Ausland (46), Zentrale und lokale Tarifinstanzen (14), Rechtschutz (48), Gewerkschaftenunterstützung (49), Verbandsorgan (49), Sonstige Zeitungen (27), Bibliotheken (34), Unterrichtsurspr (20), Statistik (16), Agitation (48), Druckschriften, Broschüren usw. (45), Stellenvermittlung (20), Konferenzen und Generalversammlungen (46), Sonstige Zwecke (49), Beitrag an die Generalkommission (48), Beitrag zu internat. Verbindungen (29), Beitrag an Kartelle und Sekretariate (44), Projektkosten (19), Verwaltungskosten (der Hauptstelle), persönliche (50), Verwaltungsmaterial (49), Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gane (47).

Er verstand nicht gleich, dann sagte er, auch ernster, aber scheinbar absichtlich in gleichgültigem Tone:

„Ach was, armer Mensch! Du meinst doch den Vorkner? Na, das ist doch ein gemeiner Meuchelmörder! Weiter gar nichts!“

„Aber du sagst doch selbst, Max, es ist ihm nichts zu beweisen!“

„Direkt nicht, das ist wahr! Aber indirekt! Dafür gibt es doch einen Indizienbeweis! Sonst brauchte man ja gar keine Zeugenaussagen! See, see, da ist gar kein Zweifel, der ist es gewesen!“

Sie schien sich überzeugen zu lassen: „Also, du meinst wirklich, daß er der Täter ist, Max? Na, freilich, dann... irreflos ausgeben darf natürlich so einer nicht! Wohin sollte denn das führen...“

Es klingelte draußen. Beide horchten unwillfürlich hinaus.

Dann kam Frida, die jüngere Tochter, die einzige von dreien, die noch unverheiratet war, hinein. Sie war ein Bild von einem Mädchen, blond und rosig, wie die Mutter, und von einem Schmelz, einer Zartheit der Haut und der Farben, die jeden entzückte.

Ihre tiefblauen Augen auf den Vater richtend, sagte sie mit ihrer kausen Stimme:

„Papa, eine Frau möchte dich sprechen!“

„Wer denn?“

„Das junge Mädchen suchte die runden Achseln: „Ich weiß nicht, Papa.“

„Na, wie sieht sie denn aus, ist es eine Dame?“

Frida schüttelte den Kopf:

„Nein, ich glaube nicht... sie macht den Eindruck, als ob sie arm wäre.“

„Ach, dann geh, mein Kind, und sage ihr, ich habe jetzt keine Zeit.“

Von diesen Ausgaben entfielen also im Vergleich zu denen vom Jahre 1911 auf:

Table with 3 columns: Category, 1911, 1912. Includes: Bildungszwecke (2 880 205), Unterstützungs-zwecke (38 677 342), Agitation, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen (7 894 890), Verwaltungskosten (10 568 648).

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder berechnet, betragen 24,15 Mk. Sie gehen auf 94,24 Mk. herauf bei den Lithographen und Steindruckern, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 29,98 Mk. übersteigen, und gehen auf 10,96 Mk. zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Lithographen entfielen allein 82,74 Mk. auf Unterstützungs-zwecke, davon 49,80 Mk. auf Streikunterstützung. Den größten Aufwand für Bildungszwecke mit 4,11 Mk. hatten die Bildhauer.

Die gesamten Verbandsvermögen betragen 80 797 788 Mk., von denen 62 034 731 Mk. in den Hauptstätten verblieben. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31,33 Mk. (gegen 28,76 Mk. im Vorjahre). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 22,12 Mk. bei den Notensetzern, denen die Buchdrucker mit 151,79 Mk. zunächst kommen, und 2,94 Mk. bei den Tabakarbeitern, nach denen die Handlungsgesellen mit 3,61 Mk. rangieren.

Eigene Verbandsorgane hatten 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis geliefert werden und 1 im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtauflage aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2 664 700. Daneben bestehen noch 7 fachtechnische Organe sowie das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“, der „L'Operaio Italiano“ und die „Lombata“ für die Mitglieder italienischer und polnischer Junge. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint 1 dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, 7 alle 2 Wochen und 7 monatlich.

Der Niedgang der Ausgaben für Unterstützungen erklärt sich vor allem aus dem verminderten Aufwand im Berichtsjahre für Streikunterstützung. Fast 5 Millionen Mark wurden gegenüber dem Vorjahre und mehr als 7 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1910 an Streikunterstützungen erspart. Wenn es auch im Berichtsjahre an Kämpfen nicht gefehlt hat und besonders im Bergbau ein recht umfangreicher Kampf entbrannt war, so fehlte es doch an so langdauernden Kämpfen wie in den Vorjahren, die große Unterstützungs-summen verbräugen.

Es wurden an Unterstützungen gezahlt:

Table with 4 columns: Category, 1910, 1911, 1912. Includes: Reise (101 7884), Umzug (311 452), Arbeitslohn (40 753 522), Krankelose (9 028 831), Sterbefälle (89 4012), Kostfälle (5 466 677), Gewerkschaft (80 738), Summa (1 867 8998).

Und sich entschuldigend setzte er hinzu: „Um zehn Uhr muß ich auf dem Gericht sein! Es ist überhaupt ein Zufall, daß ich jetzt noch hier bin...“

Die Blondine wandte sich ängstlich und ging. Hinter ihr her schlugen die Augenpaare der beiden Eltern und beugten sich und sagten:

„Ist sie nicht bezugnehmend? Gibt es etwas Goldseligeres und Lieblicheres?“

Aber die Kleine kam gleich wieder, Angst und Besorgnis auf dem jungen Gesicht. Und häßlich sagte sie: „Die Frau will nicht gehen! Sie sagt, sie warte vor der Tür, bis du raus kommst, Papa! Nur eine Minute will sie dich sprechen, aber es muß jetzt gleich sein, Papa!... Was soll ich ihr denn sagen?“

Und die Augen des vergötterten Kindes baten so, daß dem Vater keine Wahl übrig blieb.

„Na, dann führe sie in mein Arbeitszimmer, Fridchen! Aber wahrhaftiger Gott, man hat doch auch keinen Kamen! Ruhe!“

Er zupfte rasch Kragen und Schlips zurecht, irrte den Loketten Bart noch einmal gerade und ging dann, sich einen Schwung in die Taille gebend, mit elastischen Schritten durch den Salon in sein Arbeitszimmer.

Dort stand eine Frau von vielleicht vierzig Jahren. Sie hielt das Umhängeluch, mit dem sie in diesem kalten Winterlage die nur in einer dünnen Mattenbluse stehenden Schultern schützte, fest mit ihren abgemergelten Händen zusammen. Das nuchbraune Haar auf dem bloßen Kopf war noch voll und hing ihr in schmerzlichen Knoten im Nacken, aber sonst war alle Schönheit, die dies Gesicht einst befehen haben mochte, längst dahin. Angst, Sorge, Not und viele Tränen tritten um den größten Platz in diesem Angesicht.

Tagegen wurden für Streikunterstützung ver-

Table with 3 columns: Year, Amount, and Description. Rows include 1910, 1911, 1912 and categories like 'Arbeitslose', 'Meisende', etc.

Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen im Berichtsjahre nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterstützungs-zwecke.

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include 'Arbeitslose', 'Meisende', 'Kranke', 'Umgang, Not- und Sterbefälle', 'Gemeinregelle', 'Zusätze', 'Neuanschaffung'.

Einige besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder.

zeichnet den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre und gerade jetzt, angesichts der drohenden Zeichen einer neuen Arbeitslosigkeitperiode, ist es von der Zeit, daß mit der Einführung des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung endlich Ernst gemacht wird, denn die Gewerkschaftskassen sind allein nicht imstande, allen den an sie heranretenden Anforderungen der Massenarbeitslosigkeit genügen zu können.

Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England.

Am Jahre 1842 hatte sich die Bewegung von den Schlägen wieder erholt. Wir folgen hier dem Genossen Beer in seiner Schilderung:

Der Monat August wird in der Geschichte des Chartismus ewig denkwürdig bleiben. Es war der Monat des Kulminationspunktes der chartistischen Bewegung, der Monat des Generalstreiks in der nördlichen Hälfte Englands und der Untervordnung der Trades-Unions unter die politische Bewegung.

Der wirtschaftliche Druck in der Arbeiterklasse rief eine verzweifelte Stimmung hervor. Am 4. August traten die Arbeiter von Stahlbridge in den Streik ein, und unter Hochrufen auf den Charter-Connor und den Northern Star zogen sie nach Ashton, wo sie ihre Kollegen in den Streik mitriefen.

nach allen Richtungen fort und unmaßige Vandalie, Vorkühre, Warnschüre, Staffordshire, den Topceer beziet, und griff nach Wales hinüber; gleichzeitig stunden auch die schottischen Bergleute im Streik; auch in London stießen die Chartisten arge me nützliche Veranstellungen an, um sich auf das Losschlagen vorzubereiten.

Nicht überall indes vollzog sich die Einleitung der Arbeiterferien so friedlich wie in Manchester. In manchen Gegenden wurden die Arbeitwilligen gewaltsam aus den Werkstätten geholt, Fabrikmeister und Fabrikfore eingeschlossen, die Zapfen der Dampfessel abgeschraubt und Widerstand leistende Fabrikherren förmlich angegriffen.

In Zusammenstößen zwischen Streikenden und Militär kam es in Preston und Blackburn, wo zusammen sechs Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden.

Wenige Tage nach Beginn des Streiks trat die Lohnfrage in den Hintergrund. Der Gedanke brach sich Bahn, daß dieselbe Antirentanna, die zur Erzielung besserer Löhne nötig sei, wohl hineinzuwürde, den Charter zu erobern.

Dies war die Ansicht der Mehrheit. Denn es traten in den Versammlungen auch Medner auf, die gegen jede Verquickung des Streiks mit Politik sich aussprachen. Die Widertheile erklärte: Solange wir bei der Lohnfrage bleiben, werden wir die Sympathie des ganzen Kleinbürgertums und aller Arbeiterfreunde haben.

„Womit kann ich dienen? fragte der Fabrikant. Die Frau antwortete nicht, sie weinte nur leise vor sich hin, ab und zu ausschlagend und mit ihrem Tuch über die Augen fahrend.

Kindes hin- und hergerissen, nicht nur leise und sagte dann, zum erstenmal ohne Tränen, als sei sie selbst zum Weinen zu müde, mit matter Stimme: „Ja, er ist es...“

denn das was an? Sie will ja von keinem was haben! Aber er soll nicht hingertiert werden! ... Aus Juchthaus, ja... ja! ... Und er wäre schon immer krank gewesen, kopfkrank! Wenn die Reichen so was machen, dann heißt es, sie sind verrückt, aber natürlich, so ein armer Mensch...

Die Beratung im Geschworenenzimmer hatte gar nicht lange gedauert. Die Stimmenzahl für und gegen den Schuldspruch war gleich, so gab der Obmann, Herr Max Odenweiler, mit seiner Stimme den Ausschlag.

Sich mit dem Taschentuch die hellen Tropfen von der Stirne wischend, schritt er voran in den Gerichtssaal. Das Gericht trat ein. Der Obmann erhob sich:

„In der Angeklagte Fritz Birtnier des Mordes an der Träblersfrau Auguste Stimming schuldig? — Nein.“

Drüben auf der Anklagebank ließ sich ein Mensch, dem die schweißnassen Haare in die niedere Stirne fielen, der in der letzten äußersten Spannung mit seinen Fäusten den Tisch unflammert hielt, schwer auf der Bank fallen. Seine Augen suchten im Zuschauertraum. Da stand die Mutter! ... Und in das harte, vermiderte Herz dieses Arnseligen kam ein Hauch von Liebe...

In der Hitze des Kampfes gewann der politisch-revolutionäre Gedanke über den rein gewerkschaftlichen die Oberhand.

Am 11. und 12. August versammelten sich die Delegierten der Gewerkschaften von Manchester in der Carpenter's Hall, und nach eingehender Besprechung der Lage nahmen sie folgende Resolution an:

Die Gewerkschaften verpflichten sich, ungesetzliche Maßregeln nicht zu sanktionieren. Sie verurteilen das Vorgehen der Unternehmer, die fortgesetzt die Löhne herabsetzen und den Arbeitern die Mittel zur Existenz nehmen und auf diese Weise den heimischen Markt vernichten; aber gleichzeitig verurteilen sie alle Gewalttätigkeit und alle Verletzung des Eigentums. Sie sind der Ansicht, daß, solange die Klassenfesselung nicht zerbrochen und das Prinzip der vereinigten Arbeit nicht hergestellt ist, es den Arbeitern unmöglich sein wird, den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen. Dieses Meeting ist der Ansicht, daß der Volksharter die Elemente der Gerechtigkeit und des allgemeinen Wohlergehens enthält, und wir verpflichten uns, die Agitation für unsere Forderungen fortzusetzen, bis jenes Dokument zum Gesetz des Landes geworden ist.

Diese Resolution der Gewerkschaftsführer von Manchester kann nicht mißverstanden werden: sie verlangt Demokratie und Sozialismus; sie erklärt sich für den Volksharakter und für die vereinigte oder kollektive Produktion.

Am 12. August erhielten sie folgenden Aufruf, der, in großen roten Lettern gedruckt, durch Waueranschlag den Arbeitern Manchesters bekanntgemacht wurde:

**Gerechtigkeit, Friede, Gesetz und Ordnung!**

Wir, die Delegierten der verschiedenen Gewerkschaften, nachdem wir vorschritt- und gesetzmäßig von den verschiedenen Gewerkschaften gewählt worden waren, versammelten uns abermals in feierlicher Konferenz, um im Auftrage unserer Körperschaften über die Interessen des Volkes zu wachen und sie wahrzunehmen. Wir bitten Euch inständigst, sich nicht von den Machinationen Eurer Feinde verleiten zu lassen; bleibt Euren Zwecken und Zielen treu und schüzt Eure Rechte, wie wir sie im Meeting in der Carpenter's Hall vom 11. und 12. August auseinandergesetzt haben. Eine große Delegiertenkonferenz wird am Montag, 15. August, stattfinden. Wählt Delegierte. Wir verpflichten uns mit ganzem Herzen, in unseren Bemühungen Standhaft zu bleiben und unermüdet für unsere Forderungen zu wirken, bis mit Hilfe des Volksharters die Vertretung der Arbeiterklassen von Sklaverei, vom Klassenhaß und von den Monopolen vollständig pervertiert ist. Die Gewerkschaften Großbritanniens haben die Reformbill (1832) durchgesetzt; die Gewerkschaften Großbritanniens müssen auch den Volksharter durchsetzen.

**John Middleton, Vorsitzender.**

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreiks wurde wenig gedacht. Auf Seiten des Charters befanden sich die feurigsten und hinreichend Redner, und die ganze, durch den Ausdruck des Generalstreiks erzeugte aufgeregte Stimmung sowie der allen sichtbare Druck, den der Klassenhaß durch die Entfaltung der Militärmacht auf die Arbeiter ausübte, ließen eine ruhige Behandlung des Generalstreiks als politisches Kampfmittel nicht zu, wohl aber geeigneten sie, die Lohnfrage in den Hintergrund zu drängen. Die Delegiertenkonferenz war eine Replik des ersten Londoner Konvents vom Jahre 1839. Der Glaube an die Macht der allgemeinen Begeisterung erwies sich stärker als alle Hinweise auf die Notwendigkeit langer Vorbereitungen. Es lagen zwei Resolutionen vor: eine für die Beibehaltung des Lohncharakters, die andere für die Verwandlung des Generalstreiks in einen Kampf für den Charter. Für die Aufrechterhaltung des Lohncharakters des Generalstreiks stimmten nur 7 Delegierte, für die Verwandlung des Generalstreiks in einen allgemeinen Kampf um den Charter stimmten 58+19. Diese 19 waren die früher erwähnten Delegierten, die den Auftrag hatten, mit der Mehrheit zu stimmen.

Auf der Chartistenkonferenz in Manchester wurden zwar noch einige Bedenken gegen den Streik erhoben, aber die Majorität stimmte freudig den Gewerkschaften zu.

Der Streik erhielt damit neuen Anreiz und hielt sich bis zur vierten Augustwoche, wo er schließlich abflaute.

Verlassen von ihren Führern, die auseinanderstoben; verfolgt von den Behörden, die Massenverhaftungen vornahmen; gedrückt vom Glend, das durch den Streik verschärft wurde, lehnten die Arbeiter nach und nach in die Triebe zurück, aber noch gegen Ende September wurde der Streik einen partiellen Charakter. Der ganze moralische Vorteil

des Streiks fiel der Anti-Corn-Law-Liga zu, da viele Whigs und Tories sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen konnten, daß die Massen billigeres Lebensmittel haben müßten, um mit ihren niedrigen Löhnen einigermaßen auskommen zu können.

Der Höhepunkt des Chartismus war der Beginn des Siegeslaufs des Freihandels und nicht des Proletariats. Dreiundneinhalb Jahre später brachte die Toriesregierung die Bill zur Abschaffung der Kornzölle ein, wobei Sir James Graham, der Minister des Innern, sagte:

Das Jahr 1842 brachte uns schmerzhaft und beklagenswerte Erfahrungen: ein Jahr des tiefsten Notstandes und — da wir es hinier uns haben, darf ich erklären — auch der größten Gefahr. Was war die Lage im Jahre 1842? Gestatten Sie mir, das Geheimnis zu verraten. Wir hatten in London unterirdische darwinische Meetings in Lincoln's Inn Fields. Massen von ungaritenden, verbitterten und gefährlichen Elementen bedrohten den öffentlichen Frieden. . . . Und was war die Lage in Lancashire? Alle Maschinen standen still. . . . Ich war unaufhörlich in Verbindung mit den Militärbehörden, die nach allen Teilen des Landes Truppen senden mußten. Meine Kollegen und ich verlebten drei furchtbare Monate, wie wie sie nie zuvor in bezug auf öffentliche Angelegenheiten erlebt hatten. . . .

Die zum Freihandel befähigten Minister begründeten hiermit ihre Sinnänderung.

Auch die Wahlreform hat das englische Volk erhalten, aber nicht als Frucht dieser gewaltigen Anstrengungen, sondern nach einer Periode ruhiger Arbeit in den Gewerkschaften erst 3 Jahre später. Der Chartismus hat sich nach diesen Schlägen nicht wieder erholt, sondern es nur noch zu einigen aufklärerischen Streitensituationen gebracht, bis er 1848 ganz vom Kampffelde verschwand. Es soll hier nicht untersucht werden, welche Ursachen den Verfall herbeiführten, uns kam es darauf an, die Rolle zu schildern, die der Generalstreik hier als Kampfmittel spielte. Und da wir aus der Geschichte lernen sollen, wird dieser historisch wichtige Vorgang in der englischen Arbeiterbewegung zu manchen Vergleichen mit unserer Zeit anregen.

**Nachklänge vom Werftarbeiterstreik.**

Wohl selten hat ein Kampf der Arbeiter die allgemeine Aufmerksamkeit so in Atem gehalten, wie der nunmehr auf der ganzen Linie beendete Werftarbeiterstreik. Wegen seiner Begleiterscheinungen und der notwendigen Stellungnahme der beteiligten Verbandsvorstände verdient die vom Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes in den „Sozialistischen Monatsheften“ gegebene objektive Darstellung die Beachtung aller Gewerkschaftler.

Leipzigt schildert in kurzen Zügen die Vorkämpfer zur Bewegung zwecks Befreiung der im Jahre 1910 verbliebenen Mißstände, Erringung einer Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Diese Forderungen wurden aufgestellt und zwischen den Vertretern der Werftbesitzer und der auf den Werften beschäftigten Personen verhandelt, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Die Arbeitervertreter erteilten daraufhin den Verbandsvorständen den Auftrag, nunmehr in die Verhandlungen einzugreifen. Ein diesbezüglicher Antrag war noch nicht in die Hände der Unternehmer gelangt, als die Hannburger Werftarbeiter die Arbeit einstellten und sich der Streik auf die übrigen Werftorte, mit Ausnahme von Bremerhaven und der Holzarbeiter in Bremen, fortpflanzte. Fest steht, daß in Hamburg die Arbeiter durch vorgenommene Maßregelungen provoziert worden sind, doch, so meint Leipzigt mit Recht: „Das entschuldigt aber nicht die Werftarbeiter, die solcher Provokationen schon immer gewöhnt sind und gerade deshalb noch besser als die übrigen Gewerkschaftsangehörigen wissen mußten, daß es im gewerkschaftlichen Kampf keinen größeren Fehler geben kann, als sich durch Provokationen der Unternehmer den Zeitpunkt für eine Angriffsbewegung bestimmen zu lassen.“ Die Unternehmer haben auch dann das Verhandlungsangebot abgelehnt. Auf den Tagungen der Schornacherorganisationen und Innungen wurde dann der Werftarbeiterstreik gegen die Verhandlungs- und Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften weidlich ausgenützt. Es wurde behauptet, die Werftarbeiter seien unter Druck der bestehenden Tarifverträge in den Streik getreten, obgleich die Unternehmer wissen mußten, daß die Werftbesitzer aus Prinzip sich ablehnend gegen jedes Tarifvertragsverhältnis verhalten.

Wir sehen voraus, daß unseren Lesern die Einzelheiten des Kampfes, der Verlauf der außerordentlichen Generalversammlung der Werftarbeiter, die mit 126 gegen 18 Stimmen gegen das disziplinarische Vorgehen der Werftarbeiter votierte, bekannt sind. Wir beschränken uns daher nur auf die Wiedergabe dessen, was Genosse Leipzigt auf einen Teil der gegen die Verbandsvorstände gerichteten Angriffe schreibt:

„Auch aus den eigenen Reihen ist eingewandt worden, die Paragraphen dürften nicht zu flexibel gemacht werden. Nun, unsere Gewerkschaften sind bekanntlich Kampforganisationen, und daraus ergibt sich von selbst, daß keine Gewerkschaftsleitung an dem toten Buchstaben des Statuts hängen kann und darf. Jede Lohnbewegung, auch wenn sie am Ende der Verhandlungen zu einem friedlichen Abbruch führt, bedeutet ein hartes Ringen und Kämpfen. Das Gelingen des Kampfes erfordert stets ein bestimmtes Maß von Beweiskraft und Freiheit in der Führung, wie sie die Erfahrung und das Geschick der Führer für nötig halten. Sowohl die Taktik wie die Kampfmittel müssen variabel sein, und zwar um so mehr, als auch die Unternehmerorganisationen immer mehr eine kluge Kampfmittel erlernt haben und in der Anwendung neuer Kampfmittel nicht immer wählert sind. Ich kenne darum auch kein Gewerkschaftsstatut, das dem Vorstand des Verbandes bei der Genehmigung und der Leitung der Lohnkämpfe in allen Fällen die Hände bindet. Aber es gibt andererseits auch keine Gewerkschaft, die heute noch die wichtige Entscheidung in der Lohnbewegung, nämlich den Zeitpunkt der Arbeitseinstellung zu bestimmen und diese selbst zu beschließen, ganz allein den beteiligten Mitgliedern überlassen könnte. Wohl sind noch Unterschiede in der Festsetzung der Bewegungsfreiheit der örtlichen Organisationen vorhanden, aber ein bestimmtes Maß einschneidender Bestimmungen findet sich in den Statuten aller Gewerkschaften, weil das Wachstum der Bewegung sie mit der Zeit unumkehrlich machte.“

Vor 20 Jahren enthielten die meisten Statuten noch keinerlei Vorschriften für die Streikführung. Soweit schon Regeln aufgestellt waren, hatte man aus Rücksicht auf die behördlichen Einmischungen besondere Streikreglements für sie geschaffen, die neben dem Statut befanden und deshalb den Polizeibehörden nicht, wie es mit dem Statut geschehen mußte, eingereicht zu werden brauchten. Von einer geordneten systematischen Führung der Lohnbewegungen und Streiks war aber in den meisten Verbänden keine Rede. Oft kam die Bewegung über Nacht. Es fehlte außerdem an erfahrenen, durch eine längere Praxis geübten Unterhändlern, und so führten die meisten Bewegungen sehr schnell zur Arbeitseinstellung. Aber sich dann als Streikender meldete, erhielt auf Unterstufung, einerlei ob er der Gewerkschaft als Mitglied angehörte oder nicht. Es genügte, wenn der Unorganisierte sich am Tag der Arbeitseinstellung oder später als Mitglied aufnehmen ließ, in manchen Fällen wurde aber auch dies nicht einmal verlangt, geschweige denn, daß man wie heute die Erfüllung einer Karenzzeit, das heißt eine bestimmte Mitgliedschaftsdauer als Vorbedingung für das Anrecht auf Streikunterstützung forderte. Daß auch die Aufbringung der Unterstützungs-gelder gar nicht oder nur ganz primitiv geregelt war, ist noch genügend in Erinnerung. Aber auch die Höhe der Unterstützung war nicht für alle Fälle gleich bestimmt, sondern richtete sich nach den örtlichen Verhältnissen und vor allem nach den vorhandenen Mitteln. Es war nicht viel anders und nur wenig besser als heute noch in Frankreich, wo die Streikenden mit den gemeinschaftlichen Suppen unterstützt werden. Trotz der Uneinigkeit der Unternehmungen gingen viele Streiks verloren, und mit den Streiks zugleich auch die Organisationen. Erst nach Jahren, wenn die Niederlage und die Enttäufung, die das Fehlschlagen der gewöhnlich mit den größten Erwartungen eingeleiteten Bewegung im Gefolge hatte, wieder vergessen waren, konnte man das Spiel von vorn beginnen. Die besten Kräfte mußten sich in der mühevollen Agitation aufreiben, die praktischen Erfolge waren selten und gering, der Fortschritt daher äußerst langsam.“

Die harten Lehren der Vergangenheit sollten nicht so schnell vergessen werden. Aber es geht tote im privaten Leben, die unangenehmen Erinnerungen verblasen bald, wenn man erst in besseren Verhältnissen leben kann. Wer die trüben Zeiten im Anfang unserer gewerkschaftlichen Entwicklung nicht mehr kennt, der hat auch keine richtige Vorstellung von dem wahren Wert und der großen Bedeutung der Fortschritte und Erfolge, die wir seither in mühseligen Vorwärtsschritten nach und nach erringen konnten. Die große Masse der Mitglieder, insbesondere die jüngere Generation unter ihnen, kennt die Gewerkschaft mit allen ihren Einrichtungen und Gesetzen nur so, wie sie sich ihnen heute vor Augen stellt. Die Entwicklungsgeschichte und die Gründe für die heute vorhandenen Einrichtungen und Gesetze sind ihnen leider nicht immer genügend bekannt. Die Angriffe gegen die Vorstände, die in dem vorliegenden Fall von den Werftarbeitern und anderen, die den Werftarbeitern ihre Sympathie aussprechen wollten, zum Teil in so scharfer Form erhoben worden sind, haben wieder, wie schon so oft, die Auffassung vertrat, als wenn die Statuten von den bösen Vorständen aufoktroiert wären. Daß diese Auffassung keinerlei Berechtigung hat, brauche ich hier nicht weiter zu erörtern. Ich will an dieser

Stelle auch nicht gegen die heute wieder so beliebte Anpreisung neuer und gewogener Kampfmittel und Kampfmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse polemisieren, nicht auf die Wirkung dieser Anpreisung eingehen, aber zu empfehlen wäre doch unseren Genossen im Lande, häufiger auch die harten Erlebnisse in der Vergangenheit und ihre Lehren sich vor Augen zu halten, anstatt bei jeder Gelegenheit auf den Gewerkschaftsführern herumzudröseln und ihnen die Erfüllung dieser Aufgabe allein zu überlassen.

Die statutarischen Vorschriften für die Genehmigung und Umsetzung von Streiks sind keine teufliche Erfindung der Vorstände, sondern nichts weiter als die Entzweiung der in den früheren Kämpfen gesammelten Erfahrungen. Sie sind von den Mitgliedern oder deren gewählten Vertretern selbst beschlossen und bieten nicht nur die Gewähr dafür, daß keine Anarchie in den eigenen Reihen aufkommen kann, sondern bilden zugleich auch einen sicheren Schutz gegen etwaige Willkür der Vorstände. Sie haben auch noch keine Anfeindung aus den Reihen der eigenen Mitglieder gefunden, außer von solchen, die einmal in Uebereilung und Unüberlegtheit dagegen verstoßen haben. In solchen Fällen heißt es dann gewöhnlich: die Vorschriften sind gut, aber außer Fall bildet eine Annahme und muß deswegen anders behandelt werden. Es ist wohl nicht unwichtig, darauf zu verweisen, daß auch die Hamburger Metallarbeiter und ihre Verbandeskollegen in den anderen Werkstätten vor dem jetzigen Streik keinen Anlaß sahen, eine Änderung ihres Verbandsstatuts zu beantragen, obwohl der sechsen eyn abgehaltene Verbandstag in Preußen doch die günstigste Gelegenheit dazu geboten hätte.

Es handelt sich doch nicht etwa darum, daß die Vorstände von einer feindlichen Fremde über eine gute Disziplin der Mitglieder besetzt wären und nicht in dieser Fremde geschildert sein wollten. Die Disziplin bildet vielmehr eins der Kampfmittel, das noch wichtiger ist als die anderen unerlässlichen Vorbedingungen für die Erfolgsmöglichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, nämlich: Weigerung, Kampfesmut, Entschlossenheit und Ausdauer, Stärke der Organisation, eine gestützte Klasse usw. Wo die Disziplin fehlt, geht die eigene Sicherheit verloren, das Vertrauen zur Organisation, das Ansehen und die Macht der Gewerkschaft, die Personen der Führer können wechseln, aber kein Nachfolger wird auf die unbedingte Disziplin der Mitglieder verzichten können, möge es dem einzelnen auch mitunter unangenehm sein, sich in den Rahmen der organisatorischen und tatsächlichen Notwendigkeiten willig einzufügen.

Die Entwicklung schreitet unaufhaltsam fort, aus den kleinen Anfängen sind unsere Gewerkschaften zu der heutigen Größe emporgewachsen; sie werden noch härter werden und sich auch bei den Durchschnitts- und den übrigen Metallindustriellen durchsetzen. Je größer aber unsere Bewegung wird, je mehr sie an die Öffentlichkeit tritt, desto mehr unterteilt sie auch der Kontrolle und Kritik der Öffentlichkeit. Schon heute bilden die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die Kämpfe jedes einzelnen Verbandes nicht mehr eine interne und private Angelegenheit der beteiligten Mitglieder, sondern die gesamte Öffentlichkeit fordert Rechenschaft darüber, Rechenschaft sowohl von den Unternehmern als auch von den Arbeitern, die jeweils im Kampf gegeneinander stehen und oft weite Kreise in Mitleidenschaft ziehen. Je größer die Kämpfe in der Zukunft werden, desto mehr und deutlicher tritt diese Tatsache hervor. Sie wird auch dem letzten unserer Mitglieder klar werden, und die Zeit ist sicher nicht mehr fern, wo in dieser Hinsicht jedes Gewerkschaftsmitglied sich mit den Vorständen in gleichem Maß verantwortlich fühlt.

**Dienstbeschädigung und Reservisten.**

In diesen Tagen zur Entlassung kommenden Reservisten haben Anspruch auf „Militärrente“, wenn und so lange ihre Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung aufgehoben oder um wenigstens 10 Proz. gemindert ist. Es kommt also nicht nur militärische Dienstunfähigkeit in Frage. — Bei der Verteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit ist ebenso wie bei den zu einer Uebung eingezogenen Reservisten der vor der Einstellung in den Militärdienst ausgeübte Beruf zu berücksichtigen. Hat der Verletzte keinen besonderen Beruf ausgeübt, so erfolgt die Beurteilung nach der allgemeinen Erwerbsfähigkeit.

Als Dienstbeschädigung gelten Gesundheitsstörungen, die infolge einer Dienstverletzung oder durch Unfall während der Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienst „eigentümlichen Verhältnisse“ verursacht oder verschlimmert sind. Es ist also bei der „Militärrente“ nicht erforderlich, daß die Dienstbeschädigung auf einen Unfall zurückzuführen ist. Die dem Militärdienst „eigentümlichen Verhältnisse“, wie Bitterungsein-

flüsse (starke Hitze oder Kälte, Durchnässungen usw.), können Krankheiten erzeugen, die zu Dienstbeschädigungen werden (Schlag, Augenentzündung). Auch Dienstbeschädigung durch ungewöhnliche Anstrengungen und die durch Mißhandlung entstandene Begründen des Anspruch auf Militärrente, wenn die Erwerbsfähigkeit dadurch um wenigstens 10 Proz. beeinträchtigt wird.

Für verlässlich herbeigeführte Gesundheitsstörungen gibt es keine Rente; dagegen sind auch solche Gesundheitsstörungen, die auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind, als Dienstbeschädigung anzusehen. Selbstmordversuch und dadurch verursachte Gesundheitsstörung gilt nicht als Dienstbeschädigung; es sei denn, daß der Selbstmordversuch begangen wurde in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande kennbarter Erregung der Gemütsartigkeit.

Die Höhe der Militärrente beträgt jährlich bei völliger Erwerbsunfähigkeit (Kollekteur): Feldwebel 600 Mk.; Sergeanten 720 Mk.; Unteroffizier 600 Mk.; Gemeine 540 Mk.

Bei schwerer Gesundheitsstörung durch Dienstbeschädigung besteht unter Umständen neben dem Anspruch auf Rente ein Anspruch auf Verköstigungszulage, die bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren, monatlich je 27 Mk. und bei Verlust oder Erblindung beider Augen monatlich je 54 Mk. beträgt.

„Je 27 Mk.“ und „je 54 Mk.“ bedeutet, daß die Verköstigungszulage auch mehrfach gefordert werden kann. Verliert ein Soldat durch Dienstbeschädigung z. B. eine Hand, einen Fuß und die Sprache, so hat er neben der Rente dreimal 27 Mk. Verköstigungszulage pro Monat zu bekommen (Hand, Fuß, Sprache). Bei anderen schweren Gesundheitsstörungen kann eine Verköstigungszulage gewährt werden.

Wann und wo ist der Anspruch auf Rente anzubringen? Als Regel stellt das Gesetz auf, daß der Anspruch vor der Entlassung angemeldet werden muß. Die Anmeldung des Rentenanspruches ist aber nach der Entlassung noch möglich, wenn die Erwerbsbeschränkung Folge einer Dienstbeschädigung ist und die Dienstbeschädigung vor der Entlassung festgestellt wurde. In diesem Falle kann der Anspruch auf Rente noch gemeldet werden bei Friedensdienstbeschädigungen bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Entlassung.

Die Bestimmung, daß die Dienstbeschädigung vor der Entlassung festgestellt sein muß, ist wichtig. Noch wichtiger aber ist für alle Reservisten und Soldaten, daß von dieser Bestimmung abgesehen werden kann, wenn der Nachweis erbracht wird, daß die Folgen einer Dienstbeschädigung erst nach der Entlassung bemerkbar geworden sind, oder daß der Verletzte von der Anmeldung seines Anspruches durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist. In solchen Fällen muß jedoch die Anmeldung des Anspruches bis zum Ablauf von drei Monaten erfolgt sein, nachdem die Folgen der Dienstbeschädigung bemerkbar geworden sind oder das Hindernis für die Anmeldung weggefallen ist.

Der Anspruch auf Rente ist vor der Entlassung beim Regiment, nach der Entlassung beim Bezirkskommando zu stellen. Gegen den ablehnenden Bescheid kann innerhalb drei Monaten nach Zustellung beim Generalkommando (Marine: Stationskommando) und gegen dessen Entschluß in derselben Frist beim Kriegsministerium (Marine: Reichsmarineamt) Einspruch erhoben werden. In diese Behörden ist der Einspruch beim Bezirkskommando anzubringen, von wo er weitergegeben wird. Gegen die Entschlüsse des Kriegsministeriums und Reichsmarineamts gibt es keinen weiteren Einspruch, sondern gegen sie kann nur innerhalb jedes Monats der gerichtliche Klageweg beschritten werden, vorausgesetzt, daß es sich um Rechtsansprüche handelt. Für Unterhaltungen, die gewährt werden können, ist der Rechtsweg ausgeschlossen. Wird gegen das Kriegsministerium geklagt, so ist nur das Landgericht, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes, zuständig.

Beim Tode des Rentenempfängers bekommt die Witwe oder eheliche oder legitimierte Abstammlinge für die auf den Erbemonat folgenden drei Monate (Grabmonatsjahr) nach diejenigen Verköstigungsgeldbeträge gezahlt, die dem Verstorbenen zu zahlen gewesen wären.

Wir begrüßen die vom Militär zurückkehrenden Genossen und wünschen allen baldige Arbeitslosigkeit. Von den Arbeitsgenossen werden sie erfahren, daß die sozialdemokratische Partei und die gewerkschaftlichen Organisationen keine Gelegenheit verpassten, um für menschenwürdige Zustände und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Die Behandlung, die den Reservisten während der Militärzeit zuteil wurde, erinnert nur selbst daran, keine in kriegerischen heizulieten. Gerade diese Kriegervereine tragen die Schuld bei, daß hinter den Kaiserinnenmauern die Soldaten wie Sklaven behandelt werden. Außerdem bieten diese Vereine an Unterhaltungen ganz lächerlich geringe

Zummen. Was bedeutet die halbe Million Unterbringung im Jahre 1911, die von den Kriegervereinen gezahlt wurde, gegenüber den 37 Millionen Mark Unterhaltungen, die die freien Gewerkschaften 1912 zahlten? Unter diesen 37 Millionen sind 9 Millionen für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, 12 Millionen für Kranke und Invaliden, 2 Millionen für Unzulage, Notfallunterstützung und Sterbegeld und 14 Millionen zur Erziehung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Darum: Weidelt die Strickerreviere und schließt Euch der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften an!

**Militarismus und Kulturaufgaben.**

Unter der Heberschrift: „Die Saboteur“ schreibt in der Wochenchrift „März“ Ludwig Thoma das folgende:

„In die wichtigste verregnete Sommerzeit hinein kam die Nachricht, daß neue Anforderungen für Artillerie, für Marine, für weiß Gott was gehakt werden „müßten“. Man fragt ingenuig, wozu uns der Wahnsinn führen soll und ob wir uns in Berlin die gnädige Erlaubnis zum Leben erbeteln müssen, ob es keinen anderen Saug gibt gegen die infernalische Auspönerung als vielleicht die zu erhoffende Ueberättigung an Truppenziffern am Dofe.

Das ganze mit jaischem Sarkos vorgetragene Geschwätz von dem gefährlichen Slawenbunde, der sich am Baltan drohend anfontamental und die abgewogene Sicherheit der österröichisch-deutschen Pfuscher kröte, ist heute widerlegt. Der Papanz liegt in Aktien auf dem Boden und uns erbringt, wie lo oft seit 25 Jahren, die Bewunderung der deutschen auswärtigen Politik, die von Phrasen für Phrasen lebt.

Von Reisenden in Getreide, in Kurzwaren oder in pfeisemwasser hätte Herr Bethmann erfahren können, was eine Staatenbildung am Baltan heißt und bedeutet; er ließ sich aber von Diplomaten bedienen, die schlechte altdeutsche Letartikeln abschrieben. Und natürlich fehlte es in Berlin nicht an Treisern und Frobedristern, die zur Schuma Wariga die „Wacht am Rhein“ misstimmten.

Es war doch etwas Erhebendes, dieses Erwachen der Baltanwörter, und in ritterlicher Hochachtung vor den tapieren Stammeserben legte man dem Volk eine Milliardenlast auf, damit man in diesem Jahre des Kriegesruhmes nicht gänzlich leer ausging. Vor mir liegt ein Anruf, unterzeichnet von hervorragenden Vertretern der Wissenschaft.

Wir sollen die Staatskliniken, die wie der Anruf besagt, in erster Linie berufen sind, dem Glend der Reichsarbeit zu steuern, in die Lage versetzen, ein wunderbares Mittel gegen die verheerende Krebskrankheit — anzuschaffen.

Die Strahlen des Mesothoriums vermögen bis auf große Tiefen die Krebszellen zur Auflösung zu bringen, und zwar so, daß sie spurlos verschwinden. Aber ein Milligramm Mesothorium kostet 220 Mk. — zur richtigen Anwendung gehören 400 bis 500 Milligramm, die also 100 000 Mk. kosten. Die Staatskliniken bitten die Privaten, ihnen die Mittel zu geben.

Soweit ist man gekommen! Dieser Appell an den Wohlgeleitenssinn stellt die Kultur unserer Zeit an den Pranger, und jeder mag sie anpreisen. In Deutschland müssen die Staatskliniken fedten geben; der Staat hat kein Geld zur Bekämpfung der schrecklichen Krankheit. Ihm fehlen die paar Millionen dazu.

Eine Milliarde freilich zu anderen Milliarden, 250 Millionen jährlich obendrein zu anderen tausend Millionen zur Aufrechterhaltung von Barbarei und Noheit, die haben wir.

Und die paar restigen Millionen sind in diesem Jahr daraufgegangen für bengalisches Feuer, das zum 25. Regierungsjubiläum Wilhelms II. abgebrannt werden mußte.

Da bleibt nichts übrig zur Anschaffung eines Mittels gegen den Krebs.“

**Entscheidungen der Schlichtungskommission für Sattler der Berliner Militärbranche**

- vom 11. September 1913.
- 1. Die Regimentier „Jäger zu Pferde“ verlangen die Schieber übereinander genäht, die Arbeiter fordern dafür eine Vergütung. Die Parteien einigen sich auf folgender Basis: Es werden für die 2 Schieber an der Dalkter 5 Pf. für 1 Schieber am Vorderberg 3 Pf. und für 1 Schieber am Hauptgestell 2 Pf. Zuschlag auf die tarifmäßigen Preise gezahlt.
- 2. Die Firma Weder hat an Waffertrensen Ersatz-Ministide mit der Hand nähen lassen; es erfolgte eine Einigung auf 15 Pf. pro Stück.
- 3. Für die bei der Kavallerie neu eingeführten Anbindezügel mit Karabinerhaken wurde, einschließ-

lich Faken und Meißeln, ein Preis von 18 Pf. festgesetzt.

4. Der Firma Cobau sind Beschäftigte von der Behörde beantragt worden, weil die vorchriftsmäßiger Doppeltische leichten. Herr Cobau beantragt, daß der Geschäftsführer wegen der zu schmerzigen Montrollen Reparaturen auch dann unentgeltlich zu machen sind, wenn die Möbel von Spanden zurückkommen und ein Verschulden des Arbeiters fernbleibt. Eine Einigung wurde nicht erzielt, der Gewerbeichter soll entscheiden.

Für die Arbeitgeber: Wilhelm Meißner, M. Gebhardt. Für die Arbeitnehmer: Gustav Regel, Adolf Dahl.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Berlin.** Die Lohnbewegung der Linoleumleger und Teppichnäher hat, wie bereits in der letzten Nummer unserer Zeitung kurz mitgeteilt wurde, in den meisten Betrieben mit einem recht annehmbaren Erlöse beendet. Ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, bewilligte die Firma Rudolph Verborg den bei ihr beschäftigten Teppichlegern durchwegs 5 Pf. Zulage die Stunde, während die Firmen Gebr. Konhardt und Sad u. Eshendorf eine gleiche Zulage während des ersten Streiktages anerkannten. Nach dreitägigem Streik einigten sich auch die 3 Zwischenmeister der Firma Poppe u. Wirth mit uns auf der gleichen Grundlage, so daß damit schon über 90 Kollegen eine reine Zulage von 5 Pf. pro Stunde erreicht hatten. Inzwischen war auch eine Verständigung bei der Firma Israel erfolgt, die schon immer eine besondere Stellung unter den Berliner Teppichfirmen einnahm. Bei dieser Firma wird nämlich nur im Wochenlohn bei 47wöchiger Arbeitszeit geschätzt und die dort beschäftigten Kollegen können mit einer, das ganze Jahr anhaltenden Beschäftigung rechnen. Die Geschäftsführung dieser Firma erkannte einen Mindestlohn von 35 Mk. pro Woche an und fand sich bereit, den zuletzt beschäftigten Gegnern je 1,50 Mk. pro Woche zuzulegen. Unter Berücksichtigung der dort herrschenden Verhältnisse, die Kollegen bekommen auch eine Woche Urlaub im Sommer, hielten wir es für geraten, dieser Vereinbarung zuzustimmen. — Von den Firmen, die im Afford arbeiten lassen, war die Firma Meinsfeld die erste, die unseren Vertrag anerkannte. Während des vierten Streiktages folgte die Firma Kammermann u. Vogel, deren Inhaber keine Unterschrift davor abhängig machte, daß auch die übrigen Firmen die gleichen Affordsätze zahlen. Dieser Bedingung konnten wir uns so leichtest zustimmen, weil so, soweit wir organisierte Kollegen bei den einzelnen Firmen beschäftigt hatten, diese sich ebenfalls im Streik befanden, und die reinen Lohnwertstellen und Zwischenmeisterbetriebe ausdrücklich davon ausgenommen waren. — Da neben einigen kleinen Betrieben auch die Firma Goppert sich in der ersten Woche mit uns auf gleiche Basis einigte, so war das Schlussergebnis der ersten Streikwoche, daß bereits 95 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiteten, während sich noch 25 Kollegen im Streik befanden. Auch in der zweiten Woche haben noch ein paar kleinere Betriebe bezw. Zwischenmeister die Forderungen anerkannt. Einige der freiführenden Kollegen konnten in bewilligten Betrieben antworten, so daß bei Niederschrift dieser Zeilen nur noch 18 freiführende Kollegen vorhanden waren; während 110 Kollegen zu den neuen Bedingungen beschäftigt wurden. — Ergebnislos ist bis jetzt der Kampf bei den Zwischenmeistern der Firma Schützle u. Gahmann und bei der Firma Luantheimer u. Eide geblieben. Ebenfalls natürlich auch in den Betrieben, wo nur ein Bruchteil der Kollegen die Arbeit einstellen. Neben die weiter zu ergründenden Maßnahmen wird eine außerordentliche Versammlung in der kommenden Woche entscheiden.

**Streik bei der Firma v. Dolfs u. Volk in Krausnick.** Als die Kollegen ihre Kündigung schriftlich eingewandt hatten, versuchte es der Geschäftsführer Herr Gohmann, jeden einzelnen Kollegen zur Zurücknahme der Kündigung zu bewegen. Im Monitor hat er alles mögliche versprochen, aber keiner fiel um. Erst nach acht Tagen brachte es der Kollege Jödicke fertig, den Arbeitswilligen zu spielen. Zur Kennzeichnung dieses Nachkollegen diene folgendes: Schon immer waren Mitteilungen und Beschlüsse von Versammlungen und Bestätigungen zur Kenntnis des Herrn Gohmann gelangt. Jödicke, nach seinen eigenen Aussagen, war der Vertreter. Dieses hat er einem seiner Kollegen selbst mitgeteilt. Daß die Geschäftsleitung auch schon eine Linie der noch zu kündigenden Kollegen aufgestellt hat, wurde uns durch Jödicke auch verraten. Als Kollege Rüdich dem Herrn Gohmann die Befürchtung der Kollegen, daß sie einer nach dem anderen entlassen werden sollten, mitteilte, bestritt dieser Herr solches mit großer Entzückung. Nun wissen wir aber, daß wir doch damals recht hatten. Die Streikenden errieten sich auch selbstverständlich der polizeilichen Bewachung. Neben Morgen um 1/2 Uhr ist ein Schutzmann zum Schutze der Arbeitswilligen vor der Arbeitsstelle postiert. Als Arbeitswillige sind

noch außer Jödicke ein verheirateter Weimer aus Potsdam und ein Meistersohn aus Klein-Stöckheim angekommen. Am Dienstag haben sich noch einige Klausenreiter angemeldet. Diese sind teils bei Herrn Gohmann, teils bei unserem früheren Kollegen, jetzigen Meister Steinmetz eingewartet. Die Firma hat sogar ihr Auto für die Arbeitswilligen bereitgestellt. Mit diesem modernen Beförderungsmittel werden die Richtlinge der Firma nach ihrem Quartier gefahren, begleitet von Herrn Gohmann. Mehr können sie ja wohl nicht verlangen. Als im März ein Kollege bei der Freitriemmontage bei Gelle schwer verunglückte, wurde ein Auto zum Transport gewünscht. Dieses wurde von der Firma, trotzdem sie mehrere Autos hat, verweigert. Der Kollege mußte, nachdem er zwei Tage gemartert, unter großen Schmerzen per Bahn befördert werden. Die Streikenden sind aber guten Mutes und werden nicht nachlassen, die Arbeitswilligen auszufüllen, bis sie das Verwerfliche ihres Beginns eingesehen haben. Einem Magdeburger Kollegen schrieb Herr Gohmann: die Differenzen sind nur durch das Verhalten einzelner älterer Kollegen entstanden. Selbst der Vorsitzende der Erläuterung habe gesagt, so könne es nicht mehr weitergehen. Was hat der Vorsitzende aber gesagt? So kann es nicht mehr weitergehen, daß die Kollegen fortwährend entlassen werden. Diesen Satz läßt Herr Gohmann wohlweislich weg. Der Kollege verzichtete selbstverständlich auf eine solche Arbeitsstelle.

**Die Brennaborwerke in Brandenburg** haben, wie wir bereits vor sechs Wochen berichten konnten, 1800 Arbeiter ausgesperrt, darunter auch 90 Mitglieder unserer Organisation. Wir haben in unserer letzten Nummer auf den verzweifelten Kampf hingewiesen, den die Firma unternimmt, um die Loyalität in den Betrieben zu versetzen, daß sie die Firma die Arbeiter nicht ausgesperrt habe. Nach der glanzvollen Versammlung am 3. September, wo die Firma durch die Abstimmung der Aussperrten eine so eklatante Abfuhr erhielt, suchte diese die ganze bürgerliche Lokalpresse in ihren Diensten zu stellen. Auch Berliner Blätter öffnen der Firma unbeeilbar ihre Spalten, gleichgültig, ob die Darstellungen der Betriebsleitung das Licht der Wahrheit vertragen können oder nicht. Dabei geniert sich die Firma auch nicht, Verleumdungen der größten Form den Arbeitern an den Kopf zu werfen. Geradezu hart ist es, daß man die „Streikleitung“ beschuldigt, das Abstimmungsresultat „a e f ä r b t“ zu haben. Jeder, der der Auszählung beigewohnt hat, wird zugeden, daß alle Beteiligten über den Ausgang dieser Versammlung erlaucht gewesen waren. Als Antwort auf das fast einmütige Veto der Arbeiter ließ die Firma in der „Berliner Morgenpost“ erklären, daß alle Arbeiter, welche bis Mittwoch, den 10. September, die Arbeit nicht aufnehmen, sich als entlassen zu betrachten haben. Ihre Papiere sollen sie sich bei der Polizei abholen. Wie wir hören, hat die Polizei diese Hausdurchsuchung abgelehnt. Gleichzeitig wurde aber auch gemeldet, daß nicht ein einziger Arbeiter sich gemeldet habe. Die Firma verbreitet jetzt die Mär, daß der Betrieb eingeschränkt würde, und daß sie unter den sich meldenden Arbeitern Auslese treffen würde. Die Arbeiter werden schon dafür sorgen, daß die Firma nicht in die Lage kommt, ihre angebotene Sondernung vorzunehmen zu können. Wenn sie nun glaubt, daß der Preisfriede, der ob der Maßnahmen der Firma in der Brandenburg Lokalpresse entstanden ist, die Situation der Brennaborwerke verbessern hilft, so dürfte sehr bald eine Ernüchterung Platz greifen. Wir stellen im Verein mit den übrigen beteiligten Organisationen nachdrücklich fest, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen bereit gewesen waren, unter den alten bisherigen Bedingungen weiter zu arbeiten; daß aber die Firma darauf bestand, ihre neuen Bedingungen vertraglich festzulegen. Wer das Gegenteil behauptet, sagt bewußt die Unwahrheit. Nachfragen wollen wir noch, daß vier große Volkserienanstellungen sich mit der Aussperrung der Gebrüder Reichwein beschäftigt haben, in denen folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die heute, am 8. September 1913, tagende öffentliche Volksversammlung nimmt Kenntnis von der Entstehung und dem bisherigen Verlauf der Ausperrung in den Brennaborwerken. Nach den Darlegungen des Referenten ist dieser Kampf der Arbeiterkraft von der Firma aufgezwungen, weil die Firma eine einseitig von ihr aufgestellten Tarifvertrag oktroyieren wollte. Tarifverträge können aber nur einen Wert haben, wenn sich beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, über den Inhalt eines solchen Vertrages verständigt haben. Die Arbeiterkraft hatte daher nicht nur das gute Recht, sondern die Pflicht, einem Tarifvertrag, der den Ansprüchen, welche heute die Arbeiterkraft zu stellen gezwungen ist, keineswegs genügt, ihre Zustimmung zu verweigern. Das Vorgehen der Firma Gebr. Reichwein, die rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen brutal und rücksichtslos auf die Straße gesetzt hat, kann von den Ver-

jammelten unter seinen Umständen gebilligt werden, da dadurch das gesamte Wirtschaftsleben in der Stadt Brandenburg hart in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird. Die Versammelten sprechen den ausgesperrten für ihr Verhalten die volle Sympathie aus und hoffen, daß es gelingen möge, die Firma von ihrem bisher eingenommenen Standpunkt abzubringen, damit bald ein heile Teile annehmbarer Frieden geschloßen wird.“

**Zu der Militärseifenfabrik von Johann Friedr. Karl Ludwig** in Berlin, Lindenstr. 93, haben sämtliche Kollegen wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifs die Arbeit niedergelegt. Auch hier ist Zugang streng ferngehalten.

**Die Sattlerinnung Hannover** gibt für die übernommenen Armeelieferungen keine tarifmäßigen Löhne. Bei einigen Meistern ist die Arbeit eingestellt worden. Sämtliche Werkstätten Hannovers sind für Militärsattler gesperrt.

**Aus unserem Beruf.**

Ein grimmiger Feind der gewerkschaftlichen Organisation scheint der Minhaber der Diana-Sattlerwerke, Mäding u. Treuner, in Straßland zu sein. Herr Mäding, der sich ja anderwärts schon den Ruf erworben, äußerlich als Freund der Arbeiter aufzutreten, aber alles aufbietet, die Organisationsbestrebungen der bei der Firma Beschäftigten zu hinterzücken, ist ja in Magdeburg und Berlin nicht unbekannt. Mäding, der sich auch als Fachmann nicht zu wenig dünkt, berichtet es, bei den bei der Firma Beschäftigten ein gegenseitiges Mißtrauen zu erzeugen und sich liebe Kinder zu ziehen. Das Mißtrauen der Kollegen dient dazu, um einen gegen den anderen auszuspielen und dadurch die Löhne zu drücken. Die Mißtrauen werden dazu benutzt, um alles mögliche und unmögliche aufzuschmeißen und eher mehr als weniger, in halbseitigen Konferenzen, im Monitor zu hinterbringen. Tag bei solchen Verhandlungen ein reger Wechsel stattfindet, ist selbstverständlich. Herr Mäding, der sehr gern mit seinen früheren Gesellenleistungen renommieren, verhielt es ausgezeichnet, bei den organisierten Leuten alle möglichen Mängel zu entdecken. Bei der Kritik der Arbeit, die nicht schlechter zu sein braucht als die der lieben Kinder, liebt der Meidenfreund, der die Arbeiter war annehmen, um den Sattlergesellen Arbeit zu verschaffen, besonders liebenswürdige Kräfteausdrücke. „Murks“ ist noch gelte, wenn es besser kommt, ist die Arbeit Müll und Sch... oder es fällt der ominöse Satz: „Das sieht ja aus wie durch den A...“ gezogen. Den Schlußstein bildet dann der Satz: „Wem's nicht paßt, der laun packen“. Am Sonnabend, den 6. d. M., ließen sich das drei Kollegen nicht zweimal fragen, sondern forderten abends ihre Papiere. Als der letzte mit dieser Forderung kam, suchte Mäding, da können Sie ja dem A... sagen, er kann gleich mit aufhören, da haben Sie einen netten Kollegen und wir sind die Gesellschaft los. Damit waren die Organisierten gemeint, die Mäding besonders ins Herz geschlossen. Am Montag erlaubte sich der Herr, die Abgegangenen noch zu verdächtigen und dabei auf die Ehrlichkeit der Organisierten anzuspielen. Der Herr war nämlich nicht imstande, mit seiner Aufrechnung fertig zu werden, wiespiel Summe fertiggestellt waren. Nach seiner Berechnung fehlten 10 Kummte, von denen er annahm, daß sie sich die Abgegangenen zu viel bezahlten hätten. Ein Kollege war jedoch imstande, die Zahl einwandfrei festzustellen, und mußte dann nachmittags Mäding zugeden, daß seine Annahmen nicht zutreffen. Es gilt deshalb Voricht gegenüber den Diana-Sattlerwerken Mäding und Treuner in Straßland. Dem Herrn Mäding muß bewiesen werden, daß er ohne die organisierten Arbeiter nicht fertig wird.

Von der Firma Martens, Straßland, können wir die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß sie sich an unser Fachblatt hielt. Unsere Kritik hat bewirkt, daß die Affordlöhne erhöht wurden.

**Sattlerinnungstag des Gewerbandes Rheinland.** Westfalen. Aus Essen geht uns folgender Bericht zu: Nun haben die Macher der Innungen, die sich in dem Rheinisch-westfälischen Gewerband (Sitz Essen-Ruhr) zusammengeschlossen, auch ihren ersten Verbandstag gehabt. Und was für einen? Großartig, selbstverständlich! Es grüßelt einem, wenn man daran denkt. Samstagabend Neisonnens mit Freibier; Sonntag Beschäftigung der Gewerbechran, dann Besessen, dann um 4 Uhr Versammlung, um 7 Uhr Schluß, denn Heberstunden gibt es nicht; Montag Frühshoppen, selbstverständlich gestiftet von Gönnern der Innung, so heißt es wenigstens; Mittagsausflug und der Verbandstag ist zu Ende. An diese Leistungen kann nicht einmal ein Katholikentag herankommen. Die Versammlung selbst war das reinste Komödientenspiel. 12 Punkte auf der Tagesordnung, die man ganz gut in 3 oder 4 Vereinen konnte. Von parlamentarischer Verhandlung keine Spur. So

etwas ist auch nicht notwendig; die Hauptsache ist laut reden. Wer das kann, ist der Mann, den sie brauchen. Inhalt der Rede Nebenache. Als ein Delegierter sich gegen die geschäftsordnungswidrigen Verhandlungen auflehnt, wird er einfach niedergestimmt. Denn hier haben nicht nur die anwesenden Delegierten, sondern alles, was da ist, Stimm- und Beratungsrecht. Auch der bekannte Antrag von Ueberlassung von Militärarbeiten an Innungen fehlte nicht. Öffentlich wird daraus nie etwas, sonst geht mancher kleine Krauter löten. Na, uns kann es recht sein, sie wollen es ja so. Zum Ueberflus machte man noch darauf aufmerksam, daß sämtliche Karte mit den Gehilfen 1917 ablaufen sollen, damit man eine gemeinsame große Aussperrung machen könne. Wenn bloß die ver... Gehilfen mit ihren Organisationen nicht da wären. Na, alles in allem, es ist gut, wenn man als Unberufener auch mal zuseht, obgleich derartige Tagungen vollständig bedeutungslos sind. An unsere Kollegen aber ergeht immer wieder der Ruf: Seht den Innungsbeiden, was Organisation heißt, dann wird die geplante Aussperrung immer illusorisch gemacht. Dann geht es auch nicht gegen uns, sondern nur mit uns; zum Wohle aller Kollegen und ihrer Familien.

Ein Unberufener.

### Aus Industrie und Handel.

Die Fabrikation von Lederwaren in Breslau hatte, laut Handelskammerbericht 1912, andauernd unter den stetig steigenden Lederpreisen zu leiden. Somit hat sich gegen das Vorjahr nichts geändert. Die das ganze Jahr 1912 andauernde Unjückerheit der politischen Lage blieb natürlich nicht ohne Einfluß auf das Geschäft in Reiseartikel, Lederwaren usw. Die Umsätze des verfloßenen Jahres sind nur mit großer Mühe annähernd erreicht worden. Die Kasseneingänge waren nur spärlich und konnten oft nur durch Zwangsmaßnahmen erzielt werden. Eine seit Oktober einsetzende bedeutende Preissteigerung in Leder und in den Rohmaterialien beeinflusste den gesamten Geschäftsgang ungemein.

### Korrespondenzen.

Dresden. (E. 15. 9.) In der am 9. September stattgefundenen Versammlung besprach Kollege Müller: „Das neue Recht für die Hofstraßenkassen“. Kollege Elsner gab einige Erläuterungen zu dem nunmehr ablaufenden Tarifvertrag der Militärkattler. Es wurde dann der Kartellbericht entgegengenommen. Dabei wurden die Hauptpunkte Arbeitslosenversicherung und Krankenkassenwahlen besonders hervorgehoben und für letztere Wahlpflicht proklamiert. Kollege Wilsch, welcher viele Jahre der hiesigen Verwaltung als 2. Kassierer angehörte, verläßt Dresden und wurde an seiner Stelle Kollege Gerstenberger gewählt. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Wilsch für seine uneigennütige Tätigkeit. Die Versammlung war leider sehr mäßig besucht. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in der am 7. Oktober im großen Volkshausaal stattfindenden Versammlung die Mitglieder vollständig vertreten sind, weil unter anderem auch die Wahl der Kreisbeamten vorgenommen werden soll.

### Rundschau.

Die Probe aufs Exempel. Wir berichteten kürzlich, daß drei Mälzereiarbeiter vom Erfurter Landgericht zu 1100 Mk. Schadenersatz an einen Streibredner verurteilt worden waren, dessen Entlassung sie nach Beilegung des Streiks gefordert und durchgesetzt hatten. Hier das Gegenstück aus Unternehmenskreisen: In der Brauerei Brettreich in Stolp wurde ein Brauer mit folgenden Worten entlassen:

„Ich kann Ihnen in Ihrer Arbeit nichts nachsagen; Sie sind fleißig und nüchtern gewesen, aber Sie gehören einem sozialdemokratischen Verband, ja sogar dem Vorstand an und Sie waren auch der größte Hebel bei der Streikbewegung.“

Der Entlassene tröstete sich mit der Hoffnung, daß man auch in anderen Stolper Brauereien sein Brot verdienen könne. Er wurde aber nirgends eingestellt, weil die Stolper Brauereibesitzer unter Hinterlegung von 300 bis 1000 Mk. beim Syndikus der Stolper Handelskammer sich verpflichtet haben, vor Ablauf eines Jahres keinen Mann von einer anderen Stolper Brauerei einzustellen. Ein anderer junger, von Brettreich entlassener Brauer wurde in einer anderen Brauerei nicht eingestellt unter Hinweis darauf, daß man sonst Strafe zahlen müsse, obwohl in diesem Betriebe zwei Brauer notwendig gebraucht wurden. Der junge Mann durfte dann bei Brettreich weiterarbeiten unter der Bedingung, daß er aus dem Verband austrete.

Der Brauerei- und Mälzereiarbeiterverband wird dem Entlassenen durch Schadenersatzlage die Möglichkeit zu der Feststellung geben, ob in Stolp von Rechts wegen die Brauereibesitzer mit derselben Gte gemessen werden, mit der vom Landgericht Erfurt drei Mälzereiarbeiter gemessen wurden.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

#### Verlorene Marken.

Auf Reichluß der letzten Generalversammlung wurde in das Statut der Zsb aufgenommen: „Verlorene Marken müssen nachgezahlt werden.“ Demzufolge müssen alle Felder der Mitgliedsarten resp. Bücher mit Marken besetzt sein.

Um Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und den Funktionären zu vermeiden, sind die Kassierer und Beitragskassierer gehalten, keine losen Marken abzugeben, sondern dieselben immer in das Markenfeld einzufleßen.

Im Laufe der vorigen Woche wurde den Ortsverwaltungen das Material für die Abrechnung des dritten Quartals zugefandt. Reklamationen sind sofort einzulenden. Die Abrechnung ist spätestens bis zum 15. Oktober abzulenden, desgleichen alle disponiblen Gelder.

Am 27. September ist in allen Verwaltungsstellen die Zahl der Arbeitslosen und der sich dort anhaltenden zugereisten Mitglieder festzustellen. Das Ergebnis ist auf die gelbe Karte einzutragen und bis zum 6. Oktober einzulenden. Spätere Einsendungen sind zwecklos.

Der wöchentliche Beitrag für Brandenburg beträgt für männliche Mitglieder 75 Pf. und für weibliche 50 Pf.

Das Mitglied Stephan Jammers, Buchnummer 21 318, geb. 19. April 1880 in Bierien, wird erlucht, seine jetzige Adresse der Ortsverwaltung Eberfeld mitzuteilen. Wer mit dem Kollegen St. J. zusammenkommt, wird gebeten, ihn auf diese Notiz aufmerksam oder der Ortsverwaltung Eberfeld Mitteilung zu machen.

### Zur Beachtung für Militärpflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiermit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Bücher bzw. Karten werden durch die Ortskassierer nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Restbeiträge eingezogen und an die Hauptverwaltung eingefandt. Die Ortsverwaltungen stellen für das abgelieferte Buch bzw. die Karte eine Quittung aus, welche der Militärpflichtige bis zur Beendigung seiner Dienstpflicht aufzuheben hat.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen unter Zurückgabe der Quittung anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldungen nicht nachkommen, gehen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruhen die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Der Vorstand.

### Verfallungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungsanzeigen, die bis zum Redaktionschluss bei uns einlaufen.)

- Apolda, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Augsburg, Samstag, den 27. September, abends 8 Uhr, „Wittelsbacher Hof“.
- Braunschweig, Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Göthen, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Ludwigshalle“.
- Heßau, Sonnabend, den 27. September, abends 9 Uhr, „Zivoli“.
- Dortmund, Samstag, den 27. September, abends 9 Uhr, bei Jankowstr.
- Düsseldorf, Samstag, den 27. September, abends 9 Uhr, Majestätstr. 65.
- Essen (Mülr), Samstag, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Eiffelturm“.
- Frankfurt a. M., Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, kleiner Saal B des Gewerkschaftshauses.
- Grünberg, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Branner Hirt“.
- Hamburg, Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Vorderhaus 1. Etage.
- Kassel, Freitag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, Graben bei Sommer.
- Leipzig, Freitag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
- Magdeburg, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“.
- Mühlhausen-Th., Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser Wilhelm“.
- Sölingen, Sonntag, den 28. September, vormittags 10 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
- Stettin, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
- Uetzeren, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Schippmanns Herberge“.
- Varel, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Hof von Oldenburg“.
- Verden, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, „Koppenblüte“.
- Zwickau, Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr.



## Anzeigen

### Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Jugend-Abteilung. Achtung!

Sonntag, den 21. September:

Ausflug nach Trohnan-Birkenwerder (Briele)

Treffpunkt 7 1/2 Uhr, Stettiner Vorortbahnhof.

Fahrtgeld 50 Pfennig.

Sonnabend, den 27. September, abends 8 Uhr:

### Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engelsstr. 15.

Vortrag des Herrn Müller über:

„Land und Leute in Amerika“.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Jugend-Ausschuß.

Georg Weichnachts Bierhaus, Gröbstr. 21  
 f. Weib-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier

Zehnteile der Zentral-Kassensche der Sattler und der Ortsverwaltung  
 des Verbandes der Sattler. Zehnteile der „Frohen Volkshaus“.

### Süchtige Wagensattler sowie Lackierer

erhalten dauernde Stellung bei gutem Lohn. Spätere Uebernahme nicht ausgeschlossen.

Fr. Haigold, Guben H.-L., Wagenfabrik.

Für jetzt oder später suche ich in dauernder und angenehmer Stellung einen

### Täschner

welcher selbstständig Maschine führt und mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut ist.

Richard Hänel,

Koffer- und Taschenfabrik, Dresden, Pillnitzer Straße 5.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen**, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

